

## Kurzbericht

### **Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung** (52. - öffentliche - Sitzung am 17. Juni 2021)

#### **Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Situation der Frontex“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch das MB entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat um eine ergänzende, gegebenenfalls schriftliche Unterrichtung zum Einsatz niedersächsischer Polizeibeamter bei Frontex. Ferner bat er um die Bereitstellung des Abschlussberichts zur Untersuchung der Vorwürfe an die Frontex auf der EU-Ebene.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Pilotprojekt Duale Berufsausbildung Andalusien“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch das MB entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **COVID-19-Pandemie global und solidarisch eindämmen, Niedersachsen beteiligt sich mit 1 Million Euro am Impfprogramm der Weltgesundheitsorganisation**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8866](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. Er bat den - mitberatenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen insbesondere im Hinblick auf die Finanzierungsmöglichkeiten einer Unterstützung von Impfaktionen durch das Land Niedersachsen im globalen Süden um eine vorgezogene Mitberatung.

4. **Kein Sexkaufverbot nach Nordischem Modell - Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität abschieben - Prostitutionsberatung stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8707](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch das MS zu dem Thema entgegen und führte die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme durch. Er bat das MS um eine ergänzende schriftliche Unterrichtung zur Frage des Krankenversicherungswesens für ausländische Prostituierte. Er kam überein, dem - federführenden - Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung einen Auszug aus der Niederschrift hierzu zu übersenden.

5. **EU-Angelegenheiten**

**a) 100 Tage Brexit und Auswirkungen aus dem Handelspakt**

Der Ausschuss nahm hierzu eine schriftliche Unterrichtung entgegen.

**b) Förderung von Innenstädten auf der Grundlage von REACT-EU**

Der Ausschuss ergänzte die Tagesordnung um diesen Punkt. Er nahm eine einführende Unterrichtung durch das MB entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die Landesregierung sagte die Bereitstellung ergänzender Unterlagen und eine vertiefende Unterrichtung für eine der nächsten Sitzungen zu.

## 6. **Berichte über Frühwarndokumente**

Der Ausschuss nahm schriftliche Kurzunterrichtungen zu folgenden Bundesratsdrucksachen entgegen:

- 204/21 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Stärkung der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit durch Lohntransparenz und Durchsetzungsmechanismen; COM (2021) 93 final
- 449/21 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen; COM (2021) 223 final

## 7. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss kam überein, die geplante Videokonferenz mit Vertreterinnen und Vertretern der niederländischen Nordprovinzen am 28. Oktober 2021 durchzuführen. Ferner beschloss er, auf die für den 24. Juni 2021 vorgesehene Sitzung zu verzichten.